

Rente: Die Abkehr von einem alten Dogma

Das alte Rentensystem muß zwangsläufig zu Schwierigkeiten führen

Daß die Vorsorge für das Alter in Deutschland schon seit einiger Zeit Gegenstand einer hitzigen öffentlichen politischen Diskussion ist, hat wohl jeder von uns mittlerweile mitbekommen.

Unsicherheit hat sich deswegen in der Bevölkerung breit gemacht. Ob Alt, ob Jung, keiner glaubt mehr so recht den wohlfeilen Beteuerungen der Politiker, wenn sie behaupten, die Rente sei sicher.

Warum diese Diskussion, warum diese Unsicherheit? Dazu muß man wissen, daß die gesetzliche Rentenversicherung, aus der fast 90 Prozent der Bundesbürger eine Altersversorgung erwarten, als sogenanntes Umlageverfahren konstruiert ist: Die jetzt! Erwerbstätigen zahlen Zwangs-Beiträge in die Rentenkasse, aus der dann der Lebensstandard der jetzigen! Rentner finanziert wird. Ein Verfahren also „von der Hand des jeweils Jungen in den Mund des jeweils Alten“.

Ein so konstruiertes System muß logischerweise dann in Schwierigkeiten geraten, wenn die Zahl und die Ansprüche derer, die aus diesem System Leistungen erhalten, stärker steigen als die Zahl und die Beiträge derjenigen, die in die Rentenkasse einzahlen.

Da aber dieses Ungleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen heute schon sichtbar und sich morgen rapide verstärken wird, weil es zu einer drastischen Überalterung der deutschen Bevölkerung kommen wird, ist die allgemeine Unsicherheit verständlich und der Diskussionsbedarf, vor allem aber der politische Handlungsbedarf enorm groß.

Was also tun? Die Antworten darauf sind Legion. Sie reichen von Minireformen des jetzigen Umlageverfahrens über die Einführung einer Grundrente bis hin zur Ersetzung dieses Verfahrens durch ein Kapitaldeckungsverfahren, bei dem heute von den Jungen Kapital gebildet wird, das sie dann morgen im Alter wieder verfrühstücken können.

Der Vorschlag des Arbeitsministers Walter Riester hatte von allem etwas: Er stellte zuerst einmal einen neuen Versuch dar, das alte Umlagesystem dadurch zu retten, daß auf der Ausgabenseite die Rentensteigerungen gekürzt werden, auf der Einnahmenseite zusätzliche Mittel aus dem Ökosteueraufkommen in die Rentenkasse fließen sollen. Zweitens bot er einen steuerfinanzierten Einstieg in die Mindestrente zumindest für diejenigen, die aus unterschiedlichen Gründen sonst nur einen Anspruch auf eine Minirente unter Sozialhilfeniveau hätten. Drittens sollte die klassische Rentenversicherung durch eine kapitalgedeckte Zusatzvorsorge ergänzt werden.

Gerade die letztere Idee, dieser Einstieg in das Kapitaldeckungsverfahren muß als Sensation angesehen werden: Ein sozialdemokratischer Minister, aus der IG-Metall kommend, wendet sich ab von dem Dogma, das bisher alle Sozialisten in der SPD und auch in der CDU geeint hat, daß nämlich die bestehende staatliche Sozialversicherung als Umlageverfahren das einzig wahre Mittel für die Altersvorsorge sei.

Daß er aber seine sozialdemokratischen Eierschalen noch nicht ganz abstreifen konnte, zeigte der Zwangscharakter dieser zusätzlichen Versorgungsform. Soweit traute er dem einzelnen doch nicht über den Weg, um ihm selbst die Entscheidung zu überlassen, über eine staatlich

erzwungene Grundsicherung hinaus viel, wenig oder vielleicht sogar überhaupt nichts zusätzlich zu sparen.

Man wird abwarten müssen, was aus diesen Ideen des Walter Riester letzten Endes wird. Die Kürzung der Rentensteigerungsraten in den nächsten Jahren scheint ja jetzt beschlossene Sache. Bleibt von dem Einstieg in das Kapitaldeckungsverfahren etwas übrig, dann wäre das ein wichtiger Hinweis dafür, daß die rot-grüne Regierung – auch gegen den Widerstand der Konservativen in den eigenen Reihen - doch neue Wege in der Wirtschafts- und Sozialpolitik beschreiten will.